

erschieden in der FIF-Kommunikation,
herausgegeben von FIF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

Stefan Hügel

Log 4/2011

Ereignisse, Störungen und Probleme der digitalen Gesellschaft

Immer wieder gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig; mit einigen besonders bedeutsamen Ereignissen wollen wir aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.

August 2011

8. August 2011: Google bestätigt, dass in der Vergangenheit mehrfach Nutzerdaten von US-Geheimdiensten angefordert worden seien. Dies betreffe auch Daten, die auf europäischen Servern gespeichert sind. Die Anforderungen würden aber immer genau geprüft. Google ist – wie alle US-Unternehmen – nach dem *Patriot Act* zur Herausgabe solcher Daten zur Auswertung beispielsweise durch die National Security Agency (NSA) verpflichtet (Quelle: Wirtschaftswoche, Heise).

8. August 2011: Im „neuen“ elektronischen Personalausweis (nPA) wird eine weitere Sicherheitslücke entdeckt, durch die er missbräuchlich genutzt werden kann. Das Informatikzentrum

der Sparkassenorganisation (SIZ) meldet am folgenden Tag, es habe die Sicherheitslücke behoben. Bereits im Januar war eine Schwachstelle entdeckt worden, durch die die PIN ohne Installation von Schadsoftware auf dem Rechner des Opfers ausgespäht werden konnte. Die damalige Version wurde darauf vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zurückgezogen (Quelle: Piratenpartei, Heise).

8. August 2011: Gegen eine Bestimmung im geplanten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, durch die Wohnungseigentümer beim Auffinden nicht ermittelbarer Mieter helfen müssen, wenden sich Datenschütze und Vermieterverbände. Der Paragraph nötige Vermieter, ihre Mieter zu bespitzeln, erklärte der Direktor der Vereinigung Haus und Grund in Schleswig-Holstein. Dies

spreche Freiheitsrechten und Datenschutz Hohn. Auch Thilo Weichert, Leiter des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz in Schleswig-Holstein kritisiert die Bestimmung (Quelle: Heise).

9. August 2011: Die Kommunikation in sozialen Netzwerken in Indien soll stärker staatlich überwacht werden. Die Regierung übt Druck auf die Anbieter von Web-2.0-Diensten aus, ihre Angebote einfacher überwachbar zu machen. Dem Kommunikationsminister zufolge könnten Möglichkeiten dieser Dienste durch Terroristen zur Planung von Anschlägen genutzt werden. Die indische Regierung hatte bereits zuvor Telekommunikationsanbieter unter Druck gesetzt (Quelle: IDG News Service, Heise).

11. August 2011: Die Regierung in Großbritannien erwägt, Kommunikationsdienste und Internet-Seiten zu sperren, um die im Land stattfindenden Unruhen zu bekämpfen. Es bestehe der Eindruck, die Unruhen seien über soziale Medien organisiert worden, so Premierminister David Cameron. Auch in Ägypten, Tunesien und Libyen wurde zuvor das Internet eingeschränkt, um gegen die dort stattfindenden Aufstände vorzugehen (Quelle: Heise).

15. August 2011: Erfreut reagieren chinesische staatliche Medien auf die Forderungen des britischen Premierministers Cameron, Internet-Dienste zu kontrollieren. Als ehemaliger Verfechter absoluter Internetfreiheit habe die britische Regierung „eine Kehrtwende“ vollzogen, so die Nachrichtenagentur Xinhua. Sie habe nun anerkannt, dass ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und Überwachung gefunden werden müsse. Die chinesische Zeitung Global Times fordert dazu auf, die Grenzen von Demokratie und Meinungsfreiheit zu überdenken (Quelle: Global Times, Heise).

15. August 2011: Der seit 9. Juli 2011 unabhängige Südsudan wird das Landes Kürzel „SS“ und damit auch die Top-Level-Domain (ccTLD) „.ss“ bekommen. Das war von der Regierung bei der zuständigen ISO 3166 Maintenance Agency so beantragt worden (Quelle: Heise).

17. August 2011: Die Bundesregierung will die Befugnisse aus dem Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz (TBEG) um weitere vier Jahre verlängern und dabei noch ausweiten. Zusätzlich zu den bisherigen Auskünften bei Banken, Fluggesellschaften, Reisebüros, Postdienstleistern und Telekommunikationsanbietern soll es auch eine Abfrageerlaubnis bei zentralen Buchungssystemen und eine Möglichkeit zur Abfrage von Kontostammdaten geben. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar kritisierte, dass die nach dem 11. September 2001 in großer Eile erlassenen Gesetze bereits zum zweiten Mal ohne unabhängige Überprüfung verlängert werden sollen. Nicht einmal der gesetzlich geforderte Evaluationsbericht sei bisher vorgelegt worden. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, begrüßte die Verlängerung und forderte die schnelle Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

19. August 2011: In einer Mitteilung fordert das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) in Schleswig-Holstein die Betreiber von Web-Seiten auf, den Like-Button von Facebook bis Ende September zu entfernen, und droht mit Bußgeldern

wegen Verstoß gegen geltendes Datenschutzrecht. Der Like-Button ermögliche User-Tracking ohne die Genehmigung der Nutzer, so das ULD in einer technischen Analyse. Außerdem genügten die Formulierungen in den Nutzungsbedingungen und Datenschutzrichtlinien nicht annähernd den gesetzlichen Anforderungen (Quelle: ULD, Heise).

25. August 2011: Berichten des Freitag zufolge ist eine Datei von Wikileaks mit dem Namen *cables.csv* im Internet verfügbar – möglicherweise der vollständige Cablegate-Datensatz. Die Datei ist mit einem Passwort geschützt; dieses wurde jedoch ebenfalls – in der Annahme, es sei „temporär“ – weitergegeben (Quelle: Freitag, netzpolitik.org).

26. August 2011: BKA-Chef Ziercke findet, dass es beim Datenschutz eine unbegründete Hysterie gebe. Auch er wolle keinen Überwachungsstaat und erkenne an, dass sich Menschen Gedanken über den Datenschutz machten. Der Kampf gegen schwere Straftaten mache aber den mindestens sechsmonatigen Zugriff auf Verbindungsdaten erforderlich. Er fordert deswegen eine neue Regelung der Vorratsdatenspeicherung (Quelle: hr-info, Heise).

26. August 2011: Die CDU teilt betroffenen Mitgliedern mit, dass bereits im August 2009 bei einem Angriff auf das Mitgliedernetz Mitgliederdaten entwendet worden seien. Diese wurden am 12. August 2011 ins Netz gestellt. Es handele sich dabei um Nachnamen, interne Kennung und E-Mail-Adresse (Quelle: Heise).

26. August 2011: Das australische Repräsentantenhaus verabschiedet die *Cybercrime Legislation Amendment Bill 2011*, die unter anderem vorsieht, dass Telekommunikationsanbieter zur Speicherung von Verbindungs- und Inhaltsdaten verpflichtet werden können. Damit bleiben auf dem Rechner befindliche Informationen, E-Mails, SMS-Nachrichten und weitere Daten verfügbar; der Zugriff sei nur mit richterlicher Genehmigung erlaubt. Durch das Gesetz soll das australische Recht mit der umstrittenen europäischen Cybercrime-Convention in Einklang gebracht werden. Unternehmen, Bürgerrechtler, Datenschützer und Oppositionelle kritisieren den Entwurf. Er übernehme von der Cybercrime-Convention nur die Grundrechtseingriffe, nicht jedoch deren Schutzbestimmungen (Quelle: Heise).

30. August 2011: Offenbar wurde der libysche Geheimdienst bei der Internetüberwachung von einer Reihe ausländischer Unternehmen unterstützt. Belege dafür wurden von Reportern des Wall Street Journal in Tripolis gefunden. Darunter seien Tochterunternehmen des Computerherstellers Bull und des Boeing-Konzerns (Quelle: Wall Street Journal, Heise).

30. August 2011: Über die niederländische Firma Diginotar ist der Iran offenbar an ein SSL-Zertifikat gekommen, mit dessen Hilfe verschlüsselte Gmail-Verbindungen abgehört werden können (Quelle: netzpolitik.org).

31. August 2011: Netzpolitiker der SPD, die im Gesprächskreis „Netzpolitik und Digitale Gesellschaft“ beim SPD-Parteivorstand organisiert sind, befürworten in einem Musterantrag die umstrittene Vorratsdatenspeicherung von IP-Adressen. Die Vorratsdatenspeicherung müsse „differenziert“ betrachtet werden.

Bereits 2007 hatte das Berliner Amtsgericht geurteilt, dass durch die Speicherung der Adressen das Surfverhalten detailliert nachvollzogen werden könne und deswegen von einer Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung auszugehen sei. Der Vorstoß der SPD wird in netzpolitischen Kreisen kontrovers diskutiert (Quelle: Heise).

31. August 2011: Das Bundesinnenministerium wird vorläufig keine Nacktscanner zur Sicherheitsüberprüfung an Flughäfen einsetzen. Die Technik sei noch nicht ausgereift, die Scanner zwar leistungsfähig, aber noch nicht flächendeckend einsetzbar. In einem Feldtest war festgestellt worden, dass die Scanner bei ca. 70 % der Fluggäste Alarm schlugen und Nachkontrollen erforderlich machten (Quelle: Bundesinnenministerium, Heise).

September 2011

1. September 2011: Das amerikanische Unternehmen Cataphora hat eine Software erstellt, die „Charakterprofile“ von Unternehmen und Mitarbeitern erstellt und damit dazu beitragen soll, die Produktivität zu erhöhen. Dazu werden digitale Dokumente wie E-Mails, Einträge in Terminplanern oder weitere Texte daraufhin analysiert, welche Schriftfarben die Mitarbeiter verwenden, wie sie Ausrufezeichen setzen und wie häufig sie „bitte“ verwenden. Dies könne auf Frustration hindeuten; solche Mitarbeiter sollten besonders beobachtet werden. Es sollen auch beispielsweise entscheidungsschwache Mitarbeiter erkannt werden, um Informationen für die Beförderung in Führungsposition zu bekommen (Quelle: Technology Review, Heise).

1. September 2011: Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hebt das Verbot der Anzeige realer Abbildungen in Nacktscannern anstatt von Verfremdungen wie Piktogrammen mit den Stimmen der konservativen und der sozialdemokratischen Fraktion auf. Das Verbot hatte der Ausschuss zuvor noch befürwortet. Begründet wurde die Entscheidung laut einer Mitteilung von Alexander Alvaro (FDP) damit, dass es nur einen Hersteller gebe, dessen Geräte mit Piktogrammen arbeiteten, und dieser damit eine Monopolstellung erlangen würde. Liberale und Grüne kritisieren die Entscheidung; die Befürworter entzögen sich ihrer Verantwortung zum Schutz der Privatsphäre (Quelle: Heise).

2. September 2011: Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestags, Siegfried Kauder, fordert schärfere Strafvorschriften zur Geheimhaltung. Jede Veröffentlichung solle tabu sein, die Menschen in Gefahr bringen kann. In solchen Fällen müssten abschreckende Strafen möglich sein. Kauder setzt sich damit von einem Gesetzentwurf auf Initiative der FDP ab, der die Pressefreiheit im Strafrecht stärken will (Quelle: netzpolitik.org, Neue Osnabrücker Zeitung, Heise).

8. September 2011: Angesichts der Kritik am Datenschutz des sozialen Netzwerks Facebook setzt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich auf Selbstkontrolle. Es solle einen Kodex geben, der auch Regelungen zur Datensicherheit enthalte. ULD-Leiter Thilo Weichert zeigte sich irritiert über die Erklärung, dass nach einem Gespräch mit Facebook „die Diskussion, inwieweit deutsches Datenschutz- und Telemedienrecht für Facebook gilt, deutlich entschärft“ sei. „Er sollte als Bundesdatenschutzminis-

ter zumindest dafür eintreten, dass die geltenden Regelungen eingehalten werden“, erklärte Weichert (Quelle: Heise).

10. September 2011: Bei der Demonstration „Freiheit statt Angst“ in Berlin haben sich rund 5.000 Teilnehmer versammelt, um für die Privatsphäre und gegen Überwachungswahn zu protestieren (Quelle: netzpolitik.org).

12. September 2011: Der Landesdatenschutzbeauftragte Sachsens, Andreas Schurig, bezeichnet die Dresdner Massenabfrage von Handy-Daten im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen Neonazis als unverhältnismäßig und rechtswidrig. Es sei nicht geprüft worden, ob die umfassende Abfrage angemessen gewesen war. Schurig sprach gegen die an der Aktion beteiligten Behörden eine formelle Beanstandung aus (Quelle: Heise).

13. September 2011: Ein Initiativbericht der liberalen Abgeordneten Sophie in't Veld zur Überprüfung der Antiterrorpolitik wurde im Europäischen Parlament an die Ausschüsse zurücküberwiesen. Die Einigung über eine Evaluierung scheiterte vor allem am Widerstand der konservativen Fraktion (Quelle: Heise).

14. September 2011: Die frühere Abgeordnete des europäischen Parlaments für die SPD, Erika Mann, ist als Lobbyistin in Brüssel für Facebook angeworben worden. Ihre ehemalige Mitarbeiterin Eva Maria Kirschsieper arbeitet bereits als Facebook-Lobbyistin in Berlin (Quelle: netzpolitik.org).

14. September 2011: Die Petition beim Deutschen Bundestag gegen die Vorratsdatenspeicherung überschreitet die wichtige 50.000er-Marke. Damit wird im Petitionsausschuss eine öffentliche Anhörung durchgeführt (Quelle: netzpolitik.org).

15. September 2011: Der CDU-Politiker Hans-Peter Uhl (*#iminternetgeboren*) erklärt zur Petition gegen die Vorratsdatenspeicherung in der Tagesschau: „Das sind Menschen, die ein falsch verstandenes Freiheitsbild haben. Sie glauben, Internet ist nur so gesichert, wenn grenzenlose Freiheit ohne jede staatliche Aktivität sicher gestellt ist“ (Quelle: Tagesschau, netzpolitik.org).

18. September 2011: Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus erreicht die Piratenpartei 8,9 % der Stimmen und erhält damit 15 Sitze. Verluste muss vor allem die FDP hinnehmen; sie stürzt auf 1,8 % ab. Stärkste Kraft bleibt die SPD (Quelle: Tagesschau, Zeit, Spiegel, netzpolitik.org, ...).

21. September 2011: Die Bundesregierung beschließt, den umstrittenen elektronischen Entgeltnachweis (ELENA) endgültig zu stoppen. Das ELENA-Gesetz soll komplett aufgehoben und die alte Rechtslage wiederhergestellt werden. Hauptgrund für die Einstellung ist die ungenügende Verbreitung der qualifizierten elektronischen Signatur (Quelle: Heise).

22. September 2011: Der Europäische Ministerrat verabschiedet ein Abkommen zur Weitergabe von Fluggastdaten an australische Behörden. Die Passenger Name Records (PNR), die Namen und Anschrift, Kreditkarten- und Telefonnummern, IP-Adressen und besondere Essenswünsche umfassen, sollen fünfzehn Jahre in Australien gespeichert werden; der Personenbezug soll für Regelabfragen nach drei Jahren verschleiert werden. Die

Neufassung verstoße gegen das europäische Datenschutzrecht und grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien in Europa, kritisierte Jan Philipp Albrecht, Innenexperte der Grünen (Quelle: Heise).

22. September 2011: Facebook-Chef Mark Zuckerberg stellt eine grundlegende Renovierung des sozialen Netzwerks Facebook vor. Dabei soll die bisherige Pinnwand durch die „Timeline“ ersetzt werden, in der Inhalte ein- oder zweispaltig angezeigt werden. Aktivitäten und Webinhalte sollen mit Facebook-Profilen verknüpft und weitgehend automatisiert – ohne expliziten Klick auf Like- oder Share-Buttons – angezeigt werden; dadurch wird Facebook zum „Lebens-Log“ (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

26. September 2011: Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestags und Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Musikverbände, Siegfried Kauder, hat einen Gesetzentwurf gegen Urheberrechtsverstöße im Internet angekündigt. Er fordert Sanktionen bis zur Sperrung des Internetanschlusses. Kauders Vorstoß wird auch in der Koalition kritisiert; der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Peter Altmaier, twittert: „Kauder-Strikes geht gar nicht: Wer Bücher klaut, ist kriminell, aber man nimmt ihm nicht die Lesebrille weg“ (Quelle: Frankfurter Allgemeine, netzpolitik.org, Heise).

Oktober 2011

6. Oktober 2011: Auf Zugangsdaten von Shared-Hosting-Anwendern bei der Hetzner Online AG hat möglicherweise ein unbefugter Zugriff stattgefunden. Die Daten waren im Klartext zugänglich. Von den Passwörtern der Rootserver-Verwaltung lagen nur kryptographische Prüfsummen vor, aus denen aber bei entsprechender Rechenleistung die Passwörter errechnet werden können (Quelle: Heise).

7. Oktober 2011: Deutschland und Österreich liegen bei einer Vergleichsstudie zur Informationsfreiheit schlecht ab: Deutschland belegt den fünftletzten, Österreich den letzten Platz. Die Rangliste basiert auf 61 Indikatoren in verschiedenen Kategorien (Quelle: Centre for Law and Democracy, Access Info Europe, Heise).

7. Oktober 2011: Die französische Behörde Hadopi, die Urheberrechtsverletzungen bekämpfen soll, hat ca. 650.000 Internet-Nutzern einen ersten, ca. 44.000 Nutzern bereits den zweiten Warnhinweis geschickt. Ca. 60 Internetautzer müssen nach dem „Third Strike“ mit einer Sperrung des Internet-Zugangs rechnen (Quelle: Hadopi, Heise).

7. Oktober 2011: Der Widerspruch gegen den Panorama-Dienst von Microsoft ist deutlich geringer als der gegen Google-Street-View im Vorjahr. Nach Angaben von Microsoft gab es ca. 80.818 Widersprüche; gegen Google waren es rund dreimal so viel (Quelle: Heise).

8. Oktober 2011: Der Chaos Computer Club (CCC) enttarnt eine staatliche Spionagesoftware. Die Software, die zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) eingesetzt wird, ist offenbar zu wesentlich mehr in der Lage: So können praktisch beliebige Daten ausgeleitet und weitere Schadsoft-

ware ferngesteuert installiert werden. Zudem weist die Software erhebliche Sicherheitslücken auf. Bereits zuvor hatte das Landgericht Landshut festgestellt, dass die bei einer Überwachungsmaßnahme angefertigten Screenshots nicht rechtens waren (Quelle: Frankfurter Allgemeine, Zeit, Heise).

16. Oktober 2011: Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, fordert ein Gebührensystem für PKW mit satellitengestützter Ortung. Im Nachrichtenmagazin Focus schlug er dafür das Navigationssystem Galileo vor. Voraussetzung dafür sei aber, dass der Datenschutz gewährleistet ist. Er erwartet durch ein solches System einen großen Markt für neue Technologien. In den Niederlanden wurde kürzlich ein solches Projekt („Kilometerheffing“) wegen Datenschutzbedenken gestoppt (Quelle: Focus, Heise).

17. Oktober 2011: Wegen des Einsatzes von Trojanersoftware bei polizeilichen Ermittlungen stellt die Piratenpartei Strafanzeige gegen Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und gegen Beamte des bayerischen Landkriminalamts (Quelle: Heise).

17. Oktober 2011: Ein französisches Gericht lässt die Zugriffe auf die Website Copwatch (copwatch-idf.org) sperren. Der Entscheidung vorangegangen war ein Antrag des Innenministers Claude Guéant, der Seiten mit persönlichen Daten von Beamten sperren lassen wollte. Das Gericht ging mit seiner Entscheidung über den Antrag hinaus (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

22. Oktober 2011: Der irische Datenschutzbeauftragte unterzieht die europäische Niederlassung von Facebook einer Prüfung. Dabei soll es auch um die Beschwerden gehen, die der österreichische Jura-Student Max Schrems gegen Facebook eingereicht hat. Schrems hatte bei Facebook die über ihn gespeicherten Daten angefordert und dabei unter anderem Informationen gefunden, die er bereits gelöscht hatte (Quelle: Heise).

24. Oktober 2011: Die Datenbank des israelischen Einwohnermelderegisters mit dem Stand von 2006 wurde im Netz veröffentlicht. Die Datenbank enthält die Daten von ca. 9 Millionen israelischen Bürgern mit u.a. Name, Familienstand und persönlicher Identifikationsnummer. Offenbar wurden die Daten von einem früheren Mitarbeiter des Sozialhilfe-Ministeriums an ein Unternehmen verkauft (Quelle: Haaretz, netzpolitik.org).

25. Oktober 2011: Gegen den Regierungsentwurf für die geplante Visa-Warndatei haben Datenschützer verfassungsrechtliche Bedenken. Sie richten sich gegen die Bestimmung, auch die Daten von einladenden Personen zu speichern. Auch ein Abgleich mit der Anti-Terror-Datei wurde als problematisch bezeichnet (Quelle: Heise).

25. Oktober 2011: Die EU-Kommission veröffentlicht eine Mitteilung, nach der sie Einreisende elektronisch überwachen will. Vorbild ist das Ein-/Ausreisensystem der USA; es soll auch eine Vorzugsbehandlung für Vielreisende geben. Das System sei Teil des Gesamtkonzepts zur Überwachung des Schengen-Raums. Der innenpolitische Sprecher der Grünen im europäischen Parlament, Jan Philipp Albrecht, warnt vor einem Einstieg in die Kompletterfassung der Informationen bei Ein- und Ausreise (Quelle: Heise).

26. Oktober 2011: Bei den österreichischen Big Brother Awards wurde der Facebook-Kritiker Max Schrems mit dem Positivpreis „Defensor Libertatis“ ausgezeichnet. Er hatte 22 Anzeigen bei der irischen Datenschutzbehörde eingereicht. Den Sonderpreis „Lebenslanges Ärgernis“ erhielt dagegen Facebook-Chef Mark Zuckerberg. Weitere Auszeichnungen erhielten die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Justizministerin Beatrix Karl, A1-Chef Hannes Ametsreiter, der Verleger Wolfgang Fellner und Renate Christ, Leiterin der Wiener Sozialabteilung. Bei der Volkswahl erhielt das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung die meisten Stimmen. Das Amt hatte unter anderem öffentlich gewählte Studierendenvertreter auf eine Liste von Extremisten gesetzt (Quelle: bigbrotherawards.at, Heise).

26. Oktober 2011: Der Internetkonzern Google teilt mit, dass die Zahl der Fälle, in denen staatliche Behörden Nutzerdaten anfordern würden, weiter steige. Im ersten Halbjahr 2011 habe es eine 38 %ige Steigerung gegeben. Bei 67 % der Anfragen habe Google die Auskunft erteilt (Quelle: Google, Heise).

27. Oktober 2011: Gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet der Deutsche Bundestag die umstrittene Reform des Telekommunikationsgesetzes (TKG). Der Gesetzentwurf war zuvor kurzfristig noch einmal korrigiert worden; dies wurde im Innenausschuss von der Opposition kritisiert. Die Kritik richtet sich vor allem gegen die unbegrenzte Speicherbefugnis für Daten, die für die Abrechnung von Diensten erforderlich seien, dies wird von den Kritikern als „Quasi-Vorratsdatenspeicherung“ bezeichnet (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

27. Oktober 2011: Der europäische Parlament nickt das zuvor im Ministerrat beschlossene Fluggastdatenabkommen zur Übermittlung von Passenger-Name-Records (PNR) an australische Behörden ab. Die Datensätze werden dort fünfzehn Jahre gespeichert (Quelle: Heise).

28. Oktober 2011: Der Bundestag verlängert mit den Stimmen der Koalition die im Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz (TBEG) vorgesehenen Anti-Terror-Befugnisse. Zum Teil werden die Befugnisse ausgedehnt; das betrifft Auskünfte von Banken, Fluggesellschaften, Reisebüros, Postdienstleistern und Telekommunikationsanbietern (Quelle: Heise).

28. Oktober 2011: Der Bundestag lehnt mit den Stimmen der Koalition und der SPD einen Antrag der Linken ab, die Befugnis des Bundeskriminalamts (BKA) zu Online-Durchsuchungen aufzuheben. Die Maßnahme sei „unnützlich, unverhältnismäßig und unangemessen für einen Rechtsstaat“, so Jan Korte. Er nannte in dem Zusammenhang die Untersuchungen des Chaos Computer Club. Ein Sprecher der Koalition verwies auf die terroristische Bedrohungslage (Quelle: Deutscher Bundestag).

28. Oktober 2011: Nach der Klage zweier Bundestagsabgeordneter der SPD hat das Bundesverfassungsgericht das Sondergremium per einstweiliger Anordnung vorläufig gestoppt, das stellvertretend für den Bundestag über Maßnahmen aus dem Euro-Rettungsfonds EFSF entscheiden sollte. Das Gremium öffne möglicherweise eine Hintertür, die Beteiligung des Bundestages bei weitreichenden Entscheidungen in einen exklusiven Zirkel zu verlagern. Mit Entscheidungen verbundene Rechtsverletzungen seien dann nicht mehr rückgängig zu machen, da die Bundesrepublik Deutschland nach außen an die Entscheidungen gebunden sei (Quelle: Bundesverfassungsgericht, Spiegel).

28. Oktober 2011: Bei dem Spiel Battlefields3 des Unternehmens Electronic Arts installiert sich eine Schadsoftware, die den Rechner auf weitere Spiele von Electronic Arts überprüft und Daten darüber an das Unternehmen sendet. Der Nutzer muss vor Nutzung des Spiels dieser Ausspähung per Lizenzvertrag zustimmen; Juristen wie der Richter und Rechtsprofessor Thomas Hoeren aus Münster sehen in dem Lizenzvertrag einen Verstoß gegen deutsches Recht. Er bezeichnet die Bestimmungen als „null und nichtig“ und „Unverschämtheit“ (Quelle: netzpolitik.org, Spiegel).

31. Oktober 2011: Deutsche Schulbuchverlage planen offenbar einen „Schultrojaner“, mit dem durch technische Maßnahmen sichergestellt wird, dass digitalisierte Unterrichtsmaterialien nicht unerlaubt verbreitet werden. 1 % der Rechner sollen durch eine „Plagiatssoftware“ auf unerlaubte Kopien geprüft werden. Genaue Funktionalität und Einsatzbereiche werden im Vertrag nicht festgelegt (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

November 2011

1. November 2011: Nach der Ankündigung der schleswig-holsteinischen Landesregierung, ihre Facebook-Fanseite entgegen der Aufforderung des Leiters des unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz, Thilo Weichert, nicht abzuschalten, will dieser der Staatskanzlei nun eine förmliche Beanstandung zukommen lassen. Nach Ansicht von Weichert verstoßen Fanseiten und „Like“-Button gegen deutsches Datenschutzrecht (Quelle: Heise).

4. November 2011: In Schleswig-Holstein waren Daten von rund 2500 psychisch schwer kranken Menschen monatelang frei im Internet abrufbar. Durch eine Sicherheitslücke bei einem Dienstleister in Rendsburg konnten Behörden- und Klinikbriefe, medizinische Befunde und psychologische Dokumentationen heruntergeladen werden (Quelle: Lübecker Nachrichten, Heise).

Stefan Hügel

Stefan Hügel ist Vorsitzender des FIF, arbeitet als IT-Berater und lebt in Frankfurt am Main